



Niederschrift

Innen- und Rechtsausschuss

20. Wahlperiode – 66. Sitzung

am Mittwoch, dem 2. Oktober 2024, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Jan Kürschner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzender
Birte Glißmann (CDU)
Thomas Jepsen (CDU)
Dr. Hermann Junghans (CDU)
Seyran Papo (CDU)
Marion Schiefer (CDU)
Uta Röpcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), in Vertretung von Bina Braun
Dr. Kai Dolgner (SPD)
Niclas Dürbrook (SPD)
Dr. Heiner Garg (FDP), in Vertretung von Dr. Bernd Buchholz
Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Aktenvorlagebegehren nach Artikel 29 Absatz 2 der Landesverfassung	4
2.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten	29
	Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 20/2133	
3.	Keine Grenzkontrollen im deutsch-dänischen Grenzland	30
	Antrag der Fraktionen von SSW und SPD Drucksache 20/2475 (neu)	
4.	Belastung bei der Landespolizei erkennen und reduzieren	31
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/2489	
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/2527	
5.	Gebrauch von Minderheiten- und Regionalsprachen auch vor den Gerichten – Bundesratsinitiative für eine Ausweitung des § 184 des Gerichtsverfassungsgesetzes	32
	Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/2464	
6.	Verschiedenes	33

Der Vorsitzende, Abgeordneter Kürschner, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Aktenvorlagebegehren nach Artikel 29 Absatz 2 der Landesverfassung

hierzu: [Umdrucke 20/2191, 20/2196, 20/2264, 20/2289, 20/2312, 20/2321, 20/2417, 20/2466 \(vertraulich\), 20/2547, 20/2554, 20/2556, 20/2568, 20/2579 \(vertraulich\), 20/2581 \(vertraulich\), 20/2814, 20/2964 \(vertraulich\), 20/3203 \(vertraulich\), 20/3338, 20/3374, 20/3400, 20/3408, 20/3420, 20/3431, 20/3440, 20/3443, 20/3450, 20/3456 \(neu\), 20/3457, 20/3734 \(nicht öffentlich\)](#)

Auf Antrag der SPD-Fraktion beschließt der Ausschuss einstimmig, über diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll zu führen.

Vorsitzender Kürschner: Ich möchte zunächst auf den [Umdruck 20/3734](#) hinweisen, der sie am Montagabend alle erreicht hat. Es handelt sich um die Unterlagen, die bei dem Gespräch mit Frau Samadzade erwähnt wurden, einmal zur Vorbereitung eines Gesprächs mit einem Bewerber und zum anderen zur Prüfung der Einleitung eines Disziplinarverfahrens durch Frau Dr. Schneider. Die Anlagen sind nicht öffentlich, aber nicht als vertraulich eingestuft, sodass wir bei Wahrung der entsprechenden schutzwürdigen Interessen in öffentlicher Sitzung hierüber beraten könnten. – Dann würde ich zunächst Frau Ministerin das Wort erteilen.

Ministerin Touré: Danke, Herr Ausschussvorsitzender, aber ich habe vorweg nichts zu sagen. Deswegen freue ich mich auf die Fragen.

Vorsitzender Kürschner: Dann bitte ich um Fragen. Wer möchte? – Herr Dürbrook.

Abgeordneter Dürbrook: Jetzt bin ich zugegebenermaßen ein bisschen verwirrt, weil wir Sie eigentlich gar nicht eingeladen hatten. Aus unserer Sicht hätte man das gut zu dem Zeitpunkt machen können, wo das Protokoll der letzten Sitzung vorliegt, weil wir das dann auf Grundlage des Protokolls hätten machen können. Ich war auch ein bisschen überrascht, dass Sie das Gespräch angeboten haben. Deswegen dachte ich jetzt, Sie hätten uns was mitzuteilen. Dass Sie jetzt sozusagen nur darauf warten, dass wir Sie was fragen, verwundert mich ein bisschen.

Ich kann Sie ein paar Sachen fragen; ich kann Ihnen dann aber nicht versprechen, dass Sie nicht noch mal wiederkommen, weil wenn Sie einfach gewartet hätten, bis wir das Protokoll haben, hätten wir es gleich in einem Abwasch machen können. Oder Sie hätten halt letzte Woche kommen können, so wie wir es ja ursprünglich erbeten hatten, was ja leider nicht geklappt hat.

Ich hätte jetzt zwei, drei Fragen; aber ich befürchte, wir werden dann wieder an den Punkt kommen, wo wir sagen: Dann gehen wir noch mal wieder in die Verlängerung. – Das hätten wir kürzer haben können.

Vorsitzender Kürschner: Und haben Sie Fragen?

(Abgeordneter Dürbrook nickt)

– Dann bitte sehr.

Abgeordneter Dürbrook: Das war in der vorletzten Woche ein spannender Termin, fand ich. Wenn wir vielleicht versuchen, das mal so ein bisschen chronologisch aufzuarbeiten, dann wäre der erste Punkt, wo viele von uns aufgehört haben, die Besetzung der Leitung der Stabsstelle. Ich versuche, das mal alles so zu formulieren – auch mit Blick auf die Unterlagen, die uns zwischenzeitlich erreicht haben –, dass man das trotzdem hinterfragen kann.

Ein Punkt, der sich für mich vor zwei Wochen noch nicht so ganz geklärt hat, war, welche Form der Besetzung der Leitung der Stabsstelle ursprünglich angedacht war. War von vornherein gedacht, das sozusagen frei Hand zu besetzen? – Die Möglichkeit hätten Sie bei einer Stabsstelle ja gehabt. Oder hatten Sie von vornherein vor, in ein formales Bewerbungsverfahren reinzugehen?

Ministerin Touré: Vielen Dank für die Frage. – Herr Abgeordneter Dürbrook, wie Sie auch schon der vorletzten Sitzung entnehmen konnten und auch den vergangenen zwölf Monaten, ist das Ausschreibungsverfahren und auch das Besetzungsverfahren sehr intensiv gewesen. Wir wollten zu Beginn der Legislatur eine Stabsstelle Antidiskriminierung auf den Weg bringen. Sie wissen, dass das Thema für mich politisch von besonderer Bedeutung ist und, ich glaube, auch für das Parlament von besonderer Bedeutung ist.

Wir haben deswegen am Anfang des Prozesses und auch, als ich neu ins Amt gekommen

bin, überlegt, wie wir diese Struktur gestalten können und wen man dort tatsächlich einstellen könnte oder wer ein Interesse daran haben könnte. Ich habe damals ganz bewusst einen Staatssekretär und eine Staatssekretärin ausgewählt, die für die unterschiedlichen Themenbereiche dann Verantwortung tragen sollten.

Der Themenbereich der Antidiskriminierung wird in Schleswig-Holstein jetzt nicht von super vielen Menschen bearbeitet und auch in der Fachlichkeit nicht super viel bearbeitet – vor allem in der Bandbreite von Queer-Politik über Antirassismus-Politik bis hin zu Menschen mit Behinderung und vielen anderen Themenbereichen – auch Gleichstellung. Wir hatten den politischen Aufschlag vor – auch vereinbart im Koalitionsvertrag –, dass wir uns thematisch damit auseinandersetzen werden und wollen.

Genau so, wie Sie beschrieben haben, Herr Dürbrook, kann man da ganz unterschiedlich mit Blick auf die Besetzung einer solchen Stabsstelle rangehen. Wir haben im Vorfeld – meine ehemalige Staatssekretärin und ich – darüber gesprochen, dass sie als Staatssekretärin, die dann zuständig für diese Stabsstelle ist, sich natürlich mit der Frage auseinandersetzen soll, wie sie inhaltlich aufgestellt werden soll, wie sie aber auch in der Struktur aufgestellt werden soll.

Wer die Leitung übernehmen soll oder die Stellvertretung, haben wir nicht besprochen – dass wir gesagt hätten: „Das soll jetzt die oder die Person machen.“ Aber wir haben im Vorfeld durchaus darüber gesprochen, ob es Menschen gibt, die inhaltlich in dem Themenbereich schon mal gearbeitet haben, die auch Erfahrung damit haben, eine solche Struktur aufzubauen, die Verwaltungserfahrung haben. Gerade mit Blick darauf, dass Frau Samadzade keine Verwaltungserfahrung im

klassischen Sinne hatte, haben wir uns natürlich auch die Frage gestellt: Gibt es Menschen, die das möglicherweise tun könnten?

Dann haben wir die Situation gehabt, dass wir natürlich auch hier im Land in der Struktur Menschen haben, die, an der Landesverwaltung angedockt, in dem Themenbereich unterwegs sind und arbeiten und Expertise aufgebaut haben, sowohl was den Aufbau einer solchen Struktur angeht, aber auch was das Inhaltliche angeht. Wir haben dann im Vorfeld darüber gesprochen, ob es Menschen gibt, die potenziell dafür in Frage kommen würden, aber niemals mit der Aussicht darauf, dass man dann schon direkt eine Zusage macht, dahingehend, dass, wenn man Gespräche mit Menschen führt, das dann irgendetwas bedeutet, sondern – ganz im Gegenteil – dass man informelle Gespräche führt, aber nach wie vor natürlich eine Situation besteht, bei der Menschen sich schlichtweg darauf bewerben können. – So war das im Vorfeld.

Abgeordneter Dürbrook: Es ist ja trotzdem, auch wenn Sie das jetzt so ein bisschen lapidar dargestellt haben, hoch ungewöhnlich, sich mit jemandem, mit dem man später ein formales Bewerbungsverfahren durchlaufen will, im Vorfeld schon mal in den Räumlichkeiten der Grünen-Fraktion für ein Kennenlerngespräch zu treffen, weil ein Bewerber damit ja einen Vorteil gegenüber anderen möglichen Bewerberinnen und Bewerbern hat, die es später dann tatsächlich gab. Es gab ja noch zwei weitere Personen, die die Stelle gerne übernommen hätten.

Ich habe vor zwei Wochen schon erfahren – das hat Ihr Staatssekretär ja so dargestellt –, dass denen die Möglichkeit zu so einem Kennenlerngespräch nicht gegeben wurde. Das kann man einfach einmal so festhalten. Ein Stück weit haben Sie dann ja – muss man fast sagen – Glück gehabt, dass Sie die Stellenbesetzung aus anderen Gründen später auf-

gehoben haben, weil es sicherlich unangenehm geendet hätte, wenn es vielleicht irgendwann mal auf eine Konkurrentenklage hinausgelaufen wäre, wo dann zur Sprache gekommen wäre, dass es in dem einen Fall ein Kennenlernetreffen gegeben hat, in anderen Fällen allerdings nicht.

Ich hätte eine konkrete Nachfrage, weil Frau Samadzade uns vor zwei Wochen gesagt hat, dass sie Frau Schiller-Tobies im Herbst 2022 Nachrichten geschickt hätte, aus denen sich das Nahverhältnis, das sie zu dem späteren Bewerber hat, ergeben sollte. Sind Ihnen diese Nachrichten bekannt gewesen? Haben Sie sich die zwischenzeitlich angeguckt?

Ministerin Touré: Ich möchte vielleicht einmal grundsätzlich etwas sagen: Ich weiß, dass Sie in der vorletzten Woche in der Ausschusssitzung intensive Debatten hier geführt haben, zu unterschiedlichen internen Abläufen betreffend meinen Stab und auch mein Haus. Es ist die Entscheidung eines jeden Einzelnen, zu überlegen, was man öffentlich sagen möchte oder auch nicht. Was ich nicht tun werde und auch nicht in dieser Ausschusssitzung machen werde, ist, mich öffentlich intensiv damit zu befassen, was Frau Samadzade gesagt hat, oder Äußerungen oder Verhalten, das sie an den Tag gelegt hat, zu kommentieren oder zu bewerten. Das mache ich nicht, und ich habe Ihnen auch im vergangenen Jahr in einer internen Ausschusssitzung gesagt, dass ich eine Fürsorgepflicht habe, der ich mich auch bei ehemaligen Mitarbeiterinnen verpflichtet sehe.

Ich bin nach wie vor Chefin einer Behörde, ich bin Ministerin und habe nach wie vor Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deswegen geht es mir ganz dezidiert darum, einmal darzustellen, wie ich bestimmte Dinge in der Vergangenheit geregelt habe, entschieden habe oder darauf geblickt habe, aber definitiv nicht

darum, Bezug dazu zu nehmen, weil die Möglichkeit Frau Samadzade selbst hatte. Unabhängig davon, ob ich für richtig oder falsch befinde, was sie gesagt hat, werde ich das nicht weiter kommentieren. Daher kann ich sagen, dass ich mich nur auf Punkte zu meinem Verhalten beziehen werde und zu dem, was ich in der Vergangenheit entschieden habe.

(Abgeordneter Dürbrook: Das hat meine Frage nicht so richtig beantwortet!)

Vorsitzender Kürschner: Noch mehr Wortmeldungen? – Ich würde Herrn Dürbrook eine Nachfrage gestatten, wenn er eine hat.

(Abgeordneter Dr. Garg: Ist ja nicht beantwortet worden!)

Abgeordneter Dürbrook: Ich kann ja verstehen, wenn Sie auf bestimmte Sachen nicht eingehen wollen, aber ich glaube, das mit den Nachrichten war eine sehr konkrete Frage. Ich habe Sie nicht mit irgendwelchen Zitaten konfrontiert oder so, sondern es ging um die Frage dieser Nachrichten, von denen Frau Samadzade sagte, dass sie sie im Herbst 2022 bereits an Frau Schiller-Tobies, damals noch Büroleiterin, geschickt hätte. Nach Ihrer Darstellung war später der Grund für den ersten Knacks mit Frau Samadzade, dass sie das Nahverhältnis zu dem möglichen späteren Bewerber nicht so dargelegt hatte, wie Sie sich das gewünscht hätten. Frau Samadzade hat uns vor zwei Wochen berichtet, das hätte sie im Vorfeld schon transparent gemacht oder sie hätte zumindest transparent gemacht, dass es da in irgendeiner Weise ein Nahverhältnis gibt. Das war meine konkrete Frage: Haben Sie die Nachrichten gekannt? Kennen Sie die inzwischen?

Ministerin Touré: Ich habe das Verfahren zu dem Zeitpunkt gestoppt, als ich in Kenntnis darüber war, dass es dieses Näheverhältnis gibt, und vorher wusste ich das nicht.

Abgeordneter Dürbrook: Dann würde ich die Frage einmal direkt an die Frau Staatssekretärin richten, weil laut der Darstellung die Nachrichten damals Sie erreicht haben. Haben Sie die nicht weitergegeben? Gab es diese Nachrichten? Warum ist es bei der Ministerin nicht angekommen? Haben die Sie dann erst im Sommer erreicht? – Wenn die Darstellung so zutreffend ist.

Ministerin Touré: Vielleicht dazu, Herr Dürbrook. Ich will einmal sehr deutlich machen, wie ich das Vertrauens- und auch Arbeitsverhältnis zwischen mir und meinen Staatssekretärinnen und dem restlichen Arbeitsbereich verstehe. Die Erwartungshaltung – und das ist sozusagen auch der Konfliktpunkt und der Grund gewesen, warum ich gesagt habe, dass das Verfahren an der Stelle gestoppt wird – ist, dass mir sowas direkt kommuniziert wird. Das wusste ich nicht. Ich habe deswegen auch nicht die Erwartungshaltung an jegliche andere Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen gehabt, solche Informationen an mich heranzutragen. Man hat eine politische Hausspitze – eine Ministerin und zwei Staatssekretärinnen –, die in einem direkten Austausch diese Informationen austauschen müssen. Das ist meine Sicht der Dinge dazu. – Jetzt würde ich einmal übergeben.

Staatssekretärin Schiller-Tobies: Ich habe aktiv die Ministerin nicht darüber informiert, weil ich einfach definitiv davon ausgegangen war, dass Frau Samadzade die Ministerin darüber informiert hat. Und ich bin nicht bei jedem persönlichen Gespräch zwischen den beiden dabei gewesen.

Vorsitzender Kürschner: Nebenbei von mir der Hinweis, dass das ParlaRadio gerade nicht funktioniert. In etwa zehn Minuten soll das wieder gehen. – So, jetzt Herr Dr. Garg.

Abgeordneter Dr. Garg: Ich habe zunächst mal eine Nachfrage und hätte später zu einem ganz anderen Bereich noch mal zwei, drei Fragen. Aber ganz konkret zu der Frage der Ausschreibung der in Rede stehenden Stelle: Wenn ich das alles richtig verstanden habe, dann war es Ihre Entscheidung, die Stelle auszuschreiben. Es ist schon gesagt worden, dass Sie sich auch bei dieser Stelle für ein anderes Verfahren hätten entscheiden können. Sie hätten sie auch intern besetzen können, also ohne Ausschreibungsverfahren. Das war Ihre Entscheidung, also eine M-Entscheidung. Habe ich das richtig verstanden? – Wenn Sie sich für das Verfahren entschieden haben, wie und wann haben Sie das Ihrer Staatssekretärin kommuniziert, und wie ist das bei der ehemaligen Staatssekretärin angekommen?

Ministerin Touré: Daran kann ich mich im Detail nicht mehr erinnern, um ganz ehrlich zu sein, weil das wirklich schon sehr lange her ist. Wir haben ja nachgereicht, wie das Treffen zustande gekommen ist. Es war – das weiß ich noch aus meiner Erinnerung – ein Wunsch, der damals auch von der Staatssekretärin formuliert worden ist, dass man sich zusammen trifft. Darin habe ich erst mal kein Problem gesehen. Und ja: Wir haben uns dafür entschieden, öffentlich Stellen auszuschreiben. Wie das ganz dezidiert abgelaufen ist – ob ich jetzt da eine Mail geschickt habe –, weiß ich aus Erinnerung schlichtweg nicht. Wir haben uns insgesamt für ein Ausschreibungsverfahren entschieden, nicht dafür, dass man das intern besetzt oder dass wir da selbst Leute draufsetzen, sondern dass man einfach sagt: Okay, wir schreiben das aus, und darauf sollen sich fitte Leute bewerben. – So hatten wir uns das überlegt. Zu die-

sem Zeitpunkt war das ein gemeinsamer Prozess, den wir hatten. Da haben wir gemeinsam überlegt, wie wir diese Stabsstelle aufstellen können.

Abgeordneter Harms: Erstens. Nur um das richtig zusammenzufassen: Ich gehe davon aus, dass Sie sich von Anfang an dazu entschieden hatten, ein formales Verfahren zu machen, also schon vor dem 23. März, als es das Kennenlerngespräch gab. Dann stellt sich mir die Frage: Hat Sie irgendjemand darauf aufmerksam gemacht, dass es eine Schwierigkeit sein könnte, mit einem der Bewerber vorher zu sprechen, ohne mit den anderen zu sprechen, die sich möglicherweise noch bewerben? Hat es da aus dem Ministerium heraus Menschen gegeben, die sie darauf hingewiesen haben?

Zweitens. Als das Verfahren dann angelaufen war, warum haben Sie nicht auch ein entsprechendes Gespräch mit den beiden anderen Bewerbern, die in die Endauswahl gekommen sind, geführt? Was war der Grund dafür, die trotzdem, obwohl man es wusste, ungleich gegenüber dem anderen Bewerber zu behandeln?

Ministerin Touré: Um das einmal vorwegzuschalten: Ich habe ein großes Interesse daran gehabt, und wir haben ein gemeinsames großes Interesse daran gehabt, dass wir Menschen finden, die diese Aufgabe erfüllen. Es ging ja nicht nur um eine Stelle, sondern um mehrere Stellen; es sollte eine gesamte Stabsstelle werden. Ich hätte mich auch dazu entscheiden können, einfach selbst Leute dahin zu setzen, die mir passen. Das habe ich nicht gemacht, weil wir gemeinsam davon überzeugt waren, dass wir einmal schauen, dass man Menschen findet, die dazu passen und die das dann auf den Weg bringen. Die Frage, die ja ein Stück weit mitschwingt, ist, ob man das Verfahren anders hätte machen können. Ich denke im Nachhinein: Bestimmt hätte man das anders machen können.

Sie haben mich gefragt, ob man mich darauf aufmerksam gemacht hat, dass das vielleicht nicht sonderlich gut wäre, das zu machen. – Nein. Ich möchte deutlich machen, dass wir dieses Einstellungsverfahren insgesamt einmal aufgrund von Formfehlern wiederholt haben. Das war für mich entscheidend wichtig. Dass dort Fehler abgelaufen sind, ist, glaube ich, auch nicht einmalig in der schleswig-holsteinischen Verwaltungsgeschichte, dass das so passiert. Daher habe ich zu dem Zeitpunkt, wo ich Fehler wahrgenommen habe, gesagt: Wir müssen das hier an dieser Stelle wiederholen.

Abgeordneter Harms: Meine letzte Frage war, warum die anderen zwei Bewerber in der engeren Auswahl nicht das Glück hatten, mit Ihnen ein persönliches Einzelgespräch führen zu dürfen.

Ministerin Touré: Dass es zu diesem Gespräch kam, war auch auf Bitten meiner ehemaligen Staatssekretärin, die mir eben mitgeteilt hatte, dass es dort jemanden gibt, der die Expertise in diesem Bereich und auch Erfahrungen mit Verwaltungsaufbau hat. Am Ende des Tages war das der Grund, warum es zu diesem Treffen kam, um informell ein Gespräch zu führen. Die gleiche Situation hätte natürlich genauso sein können – wenn man ehrlich ist –, wenn wir nicht gemeinsam dazu gekommen wären, die Stellen auszuschreiben, sondern einfach gesagt hätten: Wir besetzen es intern. – Dann hätte ich da auch persönlich 15 Einzelgespräche auf dem Flur im Rahmen einer Rücksprache oder Sonstigem führen können. Aber die anderen Bewerber und Bewerberinnen kannte ich ja nicht. Ich bin nicht Teil des Auswahlverfahrens und des Komitees gewesen. Das bin ich als Ministerin in dem Verfahren nicht. Ich sitze nicht mit dabei und entscheide darüber nicht. Das ist der Formfehler, den wir – wohlgermerkt –, als klar war, wie nah das Verhältnis war, kritisiert haben und wo wir darauf aufmerksam gemacht haben, das zu wiederholen.

Abgeordneter Dr. Garg: Ich kriege das im Moment ehrlicherweise nicht so ganz zusammen. Der Hintergrund meiner Frage war ja: Wenn Sie sich nicht für eine Ausschreibung entschieden hätten, sondern die Stelle einfach politisch besetzen – – Es war ja eine politische Stelle, die im Koalitionsvertrag schon vereinbart war, wenn ich das richtig weiß.

(Ministerin Touré schüttelt den Kopf)

– Die Stabsstelle ist nicht im Koalitionsvertrag vereinbart? – Okay, gut. Aber Sie haben sich entschieden, sie einzurichten. Sie hätten sie ohne Ausschreibung besetzen können. Wenn Sie sich so entschieden hätten, dann kann ich noch irgendwie nachvollziehen, dass man sich selbst mit Bewerberinnen und Bewerbern trifft, um zu gucken, ob das passt. Jetzt sagen Sie, Sie können sich nicht mehr daran erinnern, ob Sie selbst das entschieden und gesagt haben: „Nee, ich möchte“ – aus welchem Grund auch immer –, „dass wir auch für diese Stelle ein ganz normales Ausschreibungsverfahren durchlaufen.“ Wenn man sich dafür entscheidet – ob im Team oder ganz alleine –, kann ich nicht mehr nachvollziehen, warum man sich mit einem, zwei oder drei Bewerbern oder Bewerberinnen vorab trifft. So ein offizielles Verfahren hat ja seine ganz bestimmten Abläufe. Ich kann das nicht nachvollziehen. Das findet in einem solchen Verfahren nicht statt. Das hat da nichts zu suchen. Ich kriege nicht zusammen, warum man überhaupt auf so eine Idee kommt.

Vorsitzender Kürschner: War damit jetzt eine Frage verbunden? – Nee.

Abgeordneter Dr. Garg: Ich würde gerne verstehen, wie man auf diese Idee kommen kann, wenn man sich für ein offizielles Ausschreibungsverfahren entscheidet. Dafür gibt es ja Gründe, aber dann hält man sich doch an die Spielregeln eines offiziellen Ausschreibungsverfahrens und trifft sich nicht mit wie

vielen Bewerberinnen und Bewerbern auch immer, wo auch immer – in einer Kneipe, auf dem Flur von irgendwelchen Landtagsfraktionen –, sondern dann wird ein offizielles Ausschreibungsverfahren durchgezogen. Daran sind die entsprechenden Leute des jeweiligen Hauses beteiligt, also Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte, vermutlich der Abteilungsleiter 1 oder die Abteilungsleiterin 1 – je nachdem, um welches Ministerium es sich handelt – und so weiter. Da führt die Hausspitze keine Gespräche vorab mit den Bewerberinnen und Bewerbern. Im anderen Fall mag das etwas ganz anderes sein: Da macht man sich selbst noch mal ein Bild und fragt: „Passt das zu uns?“, weil es eine politische Stelle ist. Deswegen noch mal die Frage: Wer ist denn um Himmels Willen auf die Idee gekommen, dass man da so ein Treffen vereinbart?

Ministerin Touré: Ich hatte Ihnen ja schon mitgeteilt, dass das auf Vorschlag von Frau Samadzade stattgefunden hat. Ergänzend dazu möchte ich noch einmal sagen, dass er zu dem Zeitpunkt, soweit ich weiß, noch kein Bewerber war. Nichtsdestotrotz habe ich dazu eben gerade schon Stellung bezogen. Sie haben mich ja gehört. Ich habe gesagt: Wahrscheinlich hätte man das in dem Verfahren auch anders machen können. – Was möchten Sie denn noch ergänzend dazu von mir an dieser Stelle hören? – Ich glaube, dass in dem Verfahren Fehler passiert sind. Deswegen habe ich dann ja aus anderen Gründen eine Wiederholung auf den Weg gebracht. Aber Fehler passieren, auch in dem Bereich.

Abgeordneter Harms: Wenn man diese Entscheidung trifft und sagt: „Ich spreche vorher informell mit jemanden, danach leite ich ein formelles Verfahren ein“, dann stellt sich mir die Frage, ob die anderen Bewerber – zumindest die, die in die engere Wahl gekommen sind –, eine Information bekommen haben, dass mit einem Bewerber schon im Vorwege außerhalb des Verfahrens ein Gespräch mit

dem Hintergrund Stellenbesetzung geführt worden ist. Ist den anderen Bewerbern das mitgeteilt worden? Es wäre ja zumindest fair gewesen, dass man weiß: Da hat jemand zumindest diesen kleinen Vorsprung mir gegenüber. – Oder ist den Leuten das auch nicht mitgeteilt worden?

Ministerin Touré: Nein, und die Person war zu dem entsprechenden Zeitpunkt auch noch kein Bewerber.

Abgeordneter Dürbrook: Es war ja, und das hat Ihr Staatssekretär vor zwei Wochen im Wesentlichen so bestätigt, trotzdem ein Kennenlerngespräch mit einem möglichen Bewerber, bei dem man austesten wollte, ob er für diese Stelle von den grundsätzlichen Vorstellungen her, die man gemeinsam hat oder halt nicht hat, in Frage kommt oder nicht. Es ging zumindest schon darum, dass er in irgendeiner Weise für Sie tätig werden sollte.

Jetzt haben Sie Herrn Harms gerade schon die Frage beantwortet, dass Sie aus Ihrem Haus im Vorfeld des Treffens nicht darauf hingewiesen wurden, dass das problematisch ist. Gab es denn irgendwann im Nachgang dieses Treffens mal einen Hinweis aus der Fachlichkeit Ihres Hauses, dass man so etwas normalerweise nicht macht und dass es zu Problemen führen könnte, wenn man das Besetzungsverfahren einfach weiterlaufen lässt?

Ministerin Touré: Nein, wir haben uns zu anderen Fragen verhalten, und zwar zu dem Näheverhältnis zwischen dem Bewerber und der ehemaligen Staatssekretärin. Das war das, was wir besprochen haben.

Abgeordneter Dürbrook: Ich finde das, offen gestanden, bemerkenswert. Ich glaube, das werden Sie im Nachgang vielleicht in Ihrem eigenen Haus nacharbeiten müssen,

weil man sich ja schon wundert, dass eine Ministerin aus der eigenen Fachlichkeit nicht darüber informiert wird, dass so etwas schon ein Problem sein kann – unabhängig davon, ob Sie sich noch zu anderen Fragen ausgetauscht haben oder nicht. Das ist jetzt keine Frage, sondern einfach eine Kommentierung.

Ich finde es ebenfalls bemerkenswert, dass Sie im Nachgang auch hier im Ausschuss breit dargestellt haben, dass Frau Samadzade einen Fehler gemacht hat, indem sie das Nahverhältnis nicht ausreichend dargestellt hat. Sie haben aber mit keinem Wort den mindestens genauso schweren – und ich würde sogar sagen: den formal deutlich schwerwiegenderen – Fehler in diesem Besetzungsverfahren erwähnt, nämlich dieses Kennenlerngespräch, das Sie im Vorfeld geführt haben. Sie haben so getan, als ob dieses ganze Aufheben ausschließlich mit dem zu tun hätte, was Frau Samadzade getan hat, und haben ihr – das will ich mal so ein bisschen salopp formulieren – in dem Moment wirklich die Schuld in die Schuhe geschoben, obwohl es ja, wie wir jetzt zu Genüge herausgearbeitet haben, noch mindestens einen zweiten, sehr guten Grund dafür gab, dass man das Besetzungsverfahren an der Stelle aufgehoben hat.

Abgeordneter Dr. Garg: Wer hat Sie denn darüber aufgeklärt oder informiert, welche Besetzungsmöglichkeiten für die Stellen Sie haben, also dass Sie sowohl die Möglichkeit haben, die Stelle auszuschreiben – intern oder extern –, als auch die Möglichkeit hätten, die Stelle ohne Ausschreibung – also sowohl ohne interne als auch ohne externe Ausschreibung – besetzen zu können? Denn die – in Anführungszeichen – politische Besetzung einer Stabsstelle setzt ja ganz besondere Kriterien voraus. Zum Beispiel ist ein ganz besonders enges Vertrauensverhältnis notwendig. Ich müsste noch mal den Geschäftsverteilungsplan angucken, was ei-

gentlich die Anforderungen an diese Stabsstelle sind. Deswegen die Frage: Wer hat Ihnen gesagt, dass Sie die Stelle im Zweifel auch freihändig, also ohne Ausschreibung, besetzen hätten können?

Ministerin Touré: Herr Dr. Garg, nur damit es kein Missverständnis gibt, weil jetzt so ein bisschen der Eindruck entstehen könnte, es ginge nur um eine einzige Stelle, die in irgendeiner Form besetzt werden könnte: Es ging um eine gesamte Stabsstelle mit mehreren Stellen. Es sollte um sechs Stellen gehen, von der Leitung über die Stellvertretung bis hin zu weiteren Referentinnen. Wir haben ja auch im Haus Referentinnen mit Blick auf diese Tätigkeiten im Bereich der Antidiskriminierung eingestellt. Die Stelle, über die wir sprechen, ist die stellvertretende Leitung gewesen. Es geht hier nicht um die Leitungsstelle, sondern um die stellvertretende Leitung, auf die die Person sich dann beispielsweise hätte bewerben können.

Es hat keine Situation gegeben, in der ich das – – Ich möchte meine Fachlichkeit da an der Stelle, weil das jetzt eben gerade so seltsam dargestellt worden ist – – Die trifft da an der Stelle überhaupt gar keine Schuld, sondern das sind alles Entscheidungen, die ich getroffen habe oder eben auch nicht getroffen habe. Von daher ist die Situation nicht so gewesen, dass ich irgendwie nachgefragt hätte: „Wie muss ich das jetzt machen?“, sondern ich mir im Klaren darüber war, dass ich alle sechs Stellen einfach politisch hätte besetzen können und ich mich dagegen entschieden habe, alle sechs Stellen politisch zu entscheiden, sondern ein Auswahlverfahren für alle Bereiche machen wollte.

Es hat im Vorfeld mit einer Person ein informelles Gespräch gegeben mit der sehr konkreten Aussage: Das ist ein informelles Gespräch, und das sagt weder etwas für oder gegen die Stellenbesetzung danach aus und

ob die Person sich dafür bewerben möchte oder nicht. – Das möchte ich einmal sehr deutlich machen, weil es nicht so richtig Sinn macht, zu vermuten, dass da eine politische Einflussnahme stattgefunden hat, wenn ich auf der anderen Seite auch alle sechs Stellen politisch hätte besetzen können und ich mich aber dagegen entschieden habe, das zu machen. Das will ich nur einmal sehr deutlich an der Stelle sagen.

Trotzdem kann man darüber sprechen, ob das jetzt komplett sauber abgelaufen ist oder nicht. Das finde ich auch total berechtigt. Ich möchte aber nur einmal sagen: Wir haben uns dagegen entschieden, sechs Stellen politisch zu besetzen, sondern dafür, sechs Stellen fachlich über eine Ausschreibung besetzen zu wollen. Ich hätte auch vier Stellen ausschreiben können und zwei politisch besetzen können. Das hätte ich alles machen können, wie ich möchte, wir haben uns dann aber in dem Verfahren für den Weg entschieden, dass wir das aufstellen wollen, aufbauen wollen.

Abgeordneter Dr. Garg: Frau Ministerin, ich habe die Frage deswegen gestellt, weil ich glaube – aber das müsste dann im Zweifel an anderer Stelle geklärt werden –, Sie hätten keine einzige dieser sechs Stellen politisch besetzen können, wenn man sich den GVP anguckt. Das ist meine Auffassung. Deswegen habe ich gefragt, wer Ihnen im Zweifel gesagt hat: „Frau Ministerin,“ oder „Hey, Sie können, du kannst die Stellen politisch besetzen; Sie müssen gar kein Ausschreibungsverfahren auf den Weg bringen.“ – Ich glaube, nicht eine einzige Stelle hätte so freihändig besetzt werden können. Deswegen: Diese Informationen müssen Sie ja bekommen haben. Jedenfalls ging mir das so, als ich das allererste Mal ins Amt gekommen bin. Da erzählt einem ja irgendjemand, wenn man dann mal an so einen Punkt kommt, dass man in irgendeiner Form in ein Stellenbeset-

zungsverfahren involviert wird, wie das üblicherweise funktioniert. Irgendjemand muss Ihnen ja gesagt haben: „Sie können das so oder so machen.“ Und noch mal: Ich glaube, dass es vielleicht von Interesse ist, wirklich zu klären, ob diese Stellen, und zwar alle in Rede stehenden Stellen, nicht ohnehin hätten ausgeschrieben werden müssen.

Vorsitzender Kürschner: Ich sage an der Stelle einmal etwas als Abgeordneter, weil die Fragen, die ich jetzt von Ihnen höre, alle in die Richtung gehen, dass Sie sagen: Hätte das irgendwie anders gemacht werden können? – Aber das Verfahren ist ja gestoppt worden. Man bewegt sich in einem sehr hypothetischen Bereich, und wir halten ja kein Proseminar über Beamtenrecht – um das mal so ein bisschen salopp zu formulieren.

Ich würde gerne einmal von der Ministerin wissen, ob ich es richtig verstanden habe, dass es bei dem ersten Treffen mit der Person, die sich später beworben hat, eigentlich darum ging, dass sich diese Person bewerben soll. Oder ging es eher darum, Informationen dafür zu erarbeiten, wie diese Stelle dann zukünftig ausgebaut werden soll?

Dann hätte ich vielleicht klarstellend gerne dazu etwas gehört, was denn die genauen Informationen gewesen sind, die man dann später von Frau Samadzade gehört hat, die zur Aufhebung des Verfahrens geführt haben.

Ministerin Touré: Der Grund war, dass ich in der Kantine meines Ministeriums erfahren habe, dass es ein patenähnliches Verhältnis gegeben hat, und mir dann das Essen im Halse stecken geblieben ist. Im Anschluss daran habe ich ein Gespräch geführt und darauf aufmerksam gemacht, dass das ein Näheverhältnis ist, das ziemlich problematisch ist. Ich möchte auch noch einmal daran erinnern – das habe ich Ihnen aber auch damals

im November 2023 berichtet –, dass das alles auch zu einem Zeitpunkt der Diskussion und Debatte um Graichen stattgefunden hat. Man möge es mir verzeihen, aber ich hatte eine sehr hohe Sensibilität dafür, inwiefern solche Themen am Ende des Tages auch noch öffentlich gerne von der Opposition diskutiert werden würden – berechtigterweise. Deswegen habe ich da das Verfahren einmal formell gestoppt.

Zu der Frage, was für ein Austausch dort stattgefunden hat: Ich hatte das vorhin schon etwas angedeutet. Es ging ja auch darum, eine neue Struktur zu einem Themenbereich aufzubauen, wo es nicht allzu viel Expertise gibt. Also ging es viel um schlichtweg inhaltliche Fragen, um die Struktur, die Themenbereiche und wie man sowas aufbauen kann.

Herr Garg hatte vorhin ja gefragt, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart hatten. Wir hatten im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir für den Bereich der Antidiskriminierung gesetzliche Grundlagen schaffen wollen. Wir konnten uns politisch ja als Schwarz-Grün nicht darauf einigen, ein Landesantidiskriminierungsgesetz auf den Weg zu bringen. Deswegen ist natürlich die Frage, wie und in welchen Bereichen man dann gesetzliche Grundlagen am besten umsetzen kann. Man kann natürlich ein Gesetz auf den Weg bringen, und dann ist es relativ leicht. Dann hat man dort Menschen, die sich einfach mit diesem Gesetz auseinandersetzen, mit Grundsatzfragen, mit juristischen Fragen. Oder aber man macht sich auf den Weg, sich unterschiedliche Gesetze dezidiert anzugucken und anzupassen. Neben dieser Frage gab es auch noch andere Bereiche – Verbände, Community-Arbeit und so weiter –, mit denen wir uns eben auseinandersetzen wollten. Also ging es viel um die Frage von Struktur- und inhaltlicher Arbeit, die diese Person auch in der Vergangenheit schon gemacht hat. Denn – das möchte ich vielleicht an dieser Stelle ergänzen – es ist – und das

wissen Sie, glaube ich, auch, Herr Garg –, in diesem Bereich ja nicht allzu leicht, Menschen mit so einer breiten Expertise zu finden, die sich zu diesen Themenbereichen verhalten. Das war damals für mich ja auch der Grund, beispielsweise Frau Samadzade als Staatssekretärin auszuwählen, mit der Expertise, die sie in dem Bereich eben aus der Vergangenheit hatte.

Das waren Überlegungen, und deswegen war der Vorschlag da: „Sollen wir uns einmal mit der entsprechenden Person auseinandersetzen?“, die sie aus dem beruflichen Kontext kannte. Es war mir immer klar, dass es eine berufliche Nähe gibt, und ich habe es auch nicht für dramatisch erachtet, dass man sich aus dem Bereich kennt. Die Szene in Schleswig-Holstein ist relativ klein, und daher hat man sich darüber ausgetauscht. Aber, wie gesagt: Mir war nicht klar, dass dort eine Feier stattgefunden hat und man eine patenähnliche Funktion eingenommen hat. Das wurde en passant beim Mittagessen erwähnt, was mich dann schon aufhorchen lassen hat.

Vorsitzender Kürschner: Als Abgeordneter sage ich noch einmal dazu: Ich finde es richtig, dass Sie das Verfahren gestoppt haben. Denn gerade in einem kleinen Bundesland wie Schleswig-Holstein kann man nicht völlig ausschließen, dass man Leute mal getroffen, gekannt hat oder miteinander befreundet ist. Aber wenn sich das in einer Weise manifestiert wie in einem Paten- oder patenähnlichen Verhältnis, dann erzeugt das eben genau den Eindruck oder die Besorgnis einer Befangenheit. Das kann man bei den Überlegungen dazu schon heranziehen.

Abgeordnete Röpcke: Ich finde das alles sehr gut nachvollziehbar, insbesondere die Frage der Expertise. Das kann ich auch nur allzu gut nachvollziehen. Deswegen wollte ich jetzt gerne einmal eine Frage an das Justizministerium stellen, das ja auch hier ist:

Mich interessiert im Hinblick auf die letzte Sitzung und die Aussagen von Frau Samadzade, wie Sie die aus Ihrer Sicht bewerten. Da standen ja einige offene Fragen im Raum. Ich würde mich freuen, wenn das Justizministerium dazu jetzt Stellung nehmen könnte.

Herr Sattarzadeh, Justizministerium: Es wurde ja ein bisschen der Vorwurf geäußert, dass Frau Samadzade erst von Mitgliedern des Ministeriums, die ihre Informationen aus dem nicht öffentlichen Teil dieses Ausschusses gezogen hätten, von diesem Disziplinarverfahren erfahren habe. Wir können nach interner Prüfung ausschließen, dass Frau Samadzade erst da Kenntnis über dieses Disziplinarverfahren erlangt hat. Es ist so gewesen, dass eindeutig schon vor Stattfinden dieses Innen- und Rechtsausschusses Frau Samadzade von der damaligen Präsidentin des Landgerichts Lübeck über die Durchführung des Disziplinarverfahrens informiert wurde. Das wurde so von ihr gemacht, dass sie telefonisch vorab Frau Samadzade informiert hat. Anschließend wurde der Papierkram – sage ich mal – per EB an Frau Samadzade übersandt. Er kam dann auch irgendwann an.

Zu den Fragen mit Bezug auf Herrn Professor Dr. Dr. Backmann, dass er im Austausch mit Frau Samadzade stand: Das sind ganz übliche Vorgehen gewesen. Das war aber auch alles vor dem Innen- und Rechtsausschuss. Das sind einfach allgemeine Fragen zu Disziplinarverfahren gewesen, solche Fragen, die auch andere Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ans Ministerium herantragen. Die sind möglicherweise – das kann man jetzt auch nicht mehr eruieren – später dann auch im Innen- und Rechtsausschuss thematisiert worden. Aber jedenfalls waren diese ganzen Unterhaltungen, auf die Frau Samadzade sich wohl bezog, alle vor diesem Ausschuss gewesen.

Abgeordneter Dürbrook: Erst mal mein großer Respekt, Herr Sattarzadeh, dass Sie bei

dieser doch relativ groben Frage gleich so eine zielgerichtete Antwort hatten. Da hatte man ja fast den Eindruck, es hätte im Vorfeld eine grobe Richtungsweisung gegeben, in welche Richtung man fragen wollen würde.

Ich würde aber gerne noch in der Chronologie der Ereignisse bleiben und in den Sommer zurückgehen. Ich mache einen Haken an „Besetzung der Leitung der Stabsstelle Antidiskriminierung“. Dann war vereinbart, dass Frau Samadzade zu Ende August geht. Und dann war das irgendwann aber nicht mehr so. Es findet sich in den Akten ja leider nichts zu den Gründen, warum das so ist. Vielleicht, Frau Ministerin, mögen Sie uns noch mal darstellen: Was führte denn jetzt Ende August dazu, dass der Abgang von Frau Samadzade verschoben wurde?

Ministerin Touré: Ich glaube, dazu hatte ich auch schon in dem nicht öffentlichen Teil des Ausschusses berichtet, dass ich zu dem Zeitpunkt schlichtweg auch wegen der Fülle der Aufgaben, die ich als Ministerin und wir als Haus zu erfüllen haben, in einer Situation war, dass wir noch keine Nachbesetzung für die Rolle der Staatssekretärin hatten und auch der Übergang nach Hamburg seitens Frau Samadzades noch nicht final geregelt war und klar war, dass sie erst zum Anfang des Folgejahres ins Amt gehen kann. Deswegen hatten wir mündlich, telefonisch darüber gesprochen, dass wir das noch verlängern würden, sodass es dann im Ministerium, aber auch für Frau Samadzade persönlich keinen Bruch gibt.

Abgeordneter Dr. Garg: Ich würde gerne im Anschluss an den Kollegen Dürbrook chronologisch auf den Anfang des Juli 2023 zurückgehen. Denn da gab es ja offensichtlich schon eine Vereinbarung zwischen M und St. Da würde mich schon interessieren, was denn grob zwischen Ihnen und Ihrer ehemaligen Staatssekretärin in der Zeit um den 3.

oder 4. Juli vereinbart worden ist, und vor allem, warum da nichts veraktet ist.

Ministerin Touré: Ich weiß jetzt gerade aus dem Kopf nicht, was am 3. Juli war. Aber Sie meinen mit Blick darauf, dass sie dann noch weiterhin im Amt war?

(Abgeordneter Dürbrook: Was war der Deal?)

– Der Deal war, dass sie so lange bleibt, bis sie die Stelle in Hamburg dann hat. Und ich hatte ja auch noch keine neue Staatssekretärin.

Abgeordneter Dürbrook: Es findet sich in den Akten eine Mail von Frau Samadzade an den Personalreferenten, in der sie schreibt: Das entspricht nicht der Absprache, so wie es jetzt stattfindet. – Daraufhin haben wir in der vorletzten Woche angefangen, nachzuhaken, was denn die Absprache war. Das ist der Punkt, auf den Herr Dr. Garg an der Stelle, glaube ich, auch gerade hinauswollte. Was war denn die Absprache zwischen Ihnen und Frau Samadzade? Ging es um eine bezahlte Freistellung? Ging es darum, dass sie unbezahlten Urlaub bekommt? Was war die Absprache rund um ihr Ausscheiden aus dem Amt als Staatssekretärin?

Ministerin Touré: Sie beziehen sich da auf die Situation – ich bin jetzt gerade kurz verwirrt, es tut mir leid –, auf die Situation der Verlängerung, obwohl wir das zum Juli beenden wollten oder auf – – Es tut mir leid. Das müssen Sie mir noch mal kurz darstellen. Das weiß ich gerade einfach nicht.

Abgeordneter Dürbrook: „Zum Juli“ stand meines Wissens nie zur Debatte – dann müssten Sie uns da noch mal aufklären –,

sondern die ursprüngliche Absprache war ja: Frau Samadzade verlässt Sie Ende August.

(Ministerin Touré: Ja!)

Es war aber auch klar, dass sie nicht direkt wieder Richterin wird, sondern dass man diesen Zwischenraum irgendwie füllen müsste, der sich dann ergibt. Da gab es ja offenbar in irgendeiner Weise eine Absprache, und diese Absprache wurde aus Sicht von Frau Samadzade nicht erfüllt. Deswegen hat sie diese Mail an den Personalreferenten geschrieben, wo sie sagt: Das entsprach nicht der Absprache, die wir ursprünglich hatten. – Mit „wir“ meint sie dabei sich und Sie, also Frau Samadzade und Ministerin Touré. Deswegen stellt sich automatisch die Frage: Was war denn die ursprüngliche Absprache, die Sie hatten?

Ministerin Touré: Die ursprüngliche Absprache war, dass sie wieder in den Richterinnen-dienst zurückkehrt und sich selbst darum bemüht, in Hamburg wieder ins Amt zu kommen. Wir haben dann ja festgestellt, dass das seitens Hamburg nicht funktionierte, sondern dass die Stelle erst zum 1. Januar frei werden würde, und ich hatte zu dem Zeitpunkt noch keine Staatssekretärin. Deswegen haben wir dann den Zeitraum verlängert. Die Absprache war insgesamt, dass sie wieder in den Richterinnendienst zurückkehrt und dass das möglichst nahtlos passieren soll. Das war das, was wir besprochen hatten.

Abgeordneter Dr. Garg: Die Frage, die ich gestellt hatte, warum das nicht in irgendeiner geeigneten Form veraktet wurde, ist noch nicht beantwortet worden. Das ist ja nicht irgendwas, wenn die Staatssekretärin nach Absprache ihren Posten verlässt.

Ministerin Touré: Alle Fragen, die den Übergang organisieren sollten, sind dann auch mit

dem Personalreferat besprochen worden und veraktet worden – das, was für relevant erachtet worden ist. Das kann ich zu dem Zeitpunkt zurückmelden.

Abgeordneter Dr. Garg: Sorry, wenn ich da noch mal nachhake. Der Punkt ist doch: Sie haben doch – deswegen habe ich den 3. und 4. Juli erwähnt – mit Ihrer Staatssekretärin – ich weiß nicht, ob telefonisch oder persönlich – besprochen, wie es weitergehen soll, um es mal ganz flapsig auszudrücken. Frau Samadzade hat diesem Ausschuss beim letzten Mal gesagt, dass die Konditionen, die da verabredet wurden, so nicht eingehalten worden sind. Das, was in diesem Gespräch zwischen Ihnen gesagt worden ist – ich gehe mal davon aus, dass es ein Vieraugengespräch gewesen ist, dass da niemand anderes dabei gewesen ist –, müssen Sie doch im Prinzip schon zum Selbstschutz in irgendeiner Form aktenkundig machen, damit Sie hinterher wissen, was Sie gesagt haben, damit klar ist und auch dokumentiert wird, welche Konditionen Sie mit auf den Weg gegeben haben. Deswegen die Frage, warum da nichts zu den Akten genommen wurde. Das ist ja nicht der einzige Fall. Es wiederholt sich später, dass aus meiner Sicht aktenrelevante Dinge nicht veraktet wurden.

Ministerin Touré: Ich kann mich an der Stelle nur wiederholen: Alles, was wir für relevant erachtet haben, was den Übergang angeht, und auch das Zurückkehren in den Richterdienst in Hamburg, wurde in den über 3.000 Seiten, die Sie als Ausschuss bekommen haben und einsehen konnten, veraktet. Das, was wir besprochen haben, ist, dass sie in den Richterdienst zurückkehrt. Deswegen verstehe ich die Frage von sonderlichen oder weiteren Konditionen auch gar nicht. Wir sprechen von einer Beamtin, die in den Richterdienst zurückkehrt. Von daher muss da nicht mehr als das veraktet oder dargestellt werden mit Blick darauf, was für Konditionen dann noch formuliert werden müssen – zumal

wir dann ja die Situation hatten, dass, wie Sie wissen, dieser Zeitraum verlängert worden ist und wir dann eine Situation hatten, wo Frau Samadzade noch über den Zeitraum hinaus als Staatssekretärin tätig war.

Das, was wir besprochen haben – – Und wenn Ihre Frage ist, ob ich jedes einzelne Vieraugengespräch veraktet habe: Nein, das habe ich nicht. Da kann man im Nachhinein zu einer anderen Einschätzung kommen, dass man das vielleicht hätte machen können, aber das habe ich an der Stelle nicht. Deswegen finden Sie dazu auch nichts. Das formelle Verfahren, das dann mit dem Personalreferat bearbeitet worden ist, ist ja verschriftlicht, und das können Sie ja den Akten entnehmen. Aber nicht jedes einzelne Vieraugengespräch, das zwischen mir und ihr stattgefunden hat, wird verschriftlicht. Das ist so, ja.

Abgeordneter Harms: Ich will vielleicht mal sagen, was Frau Samadzade hier ausgesagt hat. Sie hat gesagt, sie sollte laut diesem Gespräch bis zum 1. September im Amt bleiben, danach mit Bezügen sozusagen freigestellt sein und dann in den Justizdienst der Hamburger übertreten. Das sind ja zwei Punkte mehr, als nur zu sagen: „Sie soll irgendwann nach Hamburg zurückkehren“, sondern es ging darum, bis zum 1. September noch fest im Job zu sein und danach drei Monate lang Bezüge zu bekommen, obwohl sie freigestellt wird. Diese Zusage kann man machen, aber dann gehört das auch in die Akten. Und dann sollten sogar diejenigen, die das als Personaler regeln sollen, das vielleicht auch erfahren. Also hätte es dann eigentlich irgendwo sein müssen.

Aber vielleicht erst mal die Nachfrage: Hat eine solche Vereinbarung dergestalt stattgefunden, oder ist da etwas anderes vereinbart worden? – Dann sind wir wieder da.

Ministerin Touré: Das, was wir besprochen hatten, ist, dass es einen Übergang in die Justiz nach Hamburg geben soll, der sozialverträglich sein soll und auch für Frau Samadzade nicht zum Nachteil sein soll.

(Abgeordneter Dürbrook: Das hatte sie gerade nicht gesagt!)

– Bitte? Was genau?

(Abgeordneter Dürbrook: Das mit „sozialverträglich“!)

– Ja, ich habe Ihnen das schon mehrmals gesagt, Herr Dürbrook. Wir sind ja jetzt nicht in der ersten Sitzung. Es tut mir leid, wenn ich nicht alles, was ich auch schon vor zwölf Monaten gesagt habe, wiederhole.

(Zuruf Abgeordneter Dürbrook)

– Aber ich habe ja in der internen Sitzung schon einmal gesagt, dass es mir darum ging, einen Übergang zu organisieren, der dem entspricht, was ich als Fürsorgepflicht verstehe, und dass ich eben auch eine Sorge hatte und eine Regelung finden wollte, bei der wir gut auseinandergehen. Das ist der Anspruch gewesen, den ich hatte.

Wir hatten über einen Endzeitpunkt gesprochen, wann das stattfinden soll, und dass der Übergang in die Justiz dann erfolgen soll. Es hat keine – – Sie stellen die Frage, ob es irgendeine Form der schriftlichen Zusage mit Blick darauf gegeben hat, dass dies oder das zugesagt worden ist. Die hat es nicht gegeben. Deswegen finden Sie die auch nicht in den Akten. Wir haben gesagt: Wir werden einen Übergang finden, der es ermöglicht, dass sie wieder zurück in den Dienst kommen kann. – Das war ihr extrem wichtig, und das kann ich auch nachvollziehen. Das wollten

wir organisieren, und das wollten wir so auf den Weg bringen.

Sie müssen mir an der Stelle auch nachsehen: Ich bin keine Personalreferentin, die das dann an der Stelle organisiert, sondern wir haben eine Situation, in der das auf Verwaltungsebene bearbeitet wird. Wir hatten besprochen: Das hört zu dem und dem Zeitpunkt auf. – Dann haben wir das noch mal verlängert. Wenn es die Zusage gegeben hätte: „Das ist völlig in Ordnung, das nur bis zum 1. September zu machen, und den Rest der Zeit gibt es eine Freistellung“, dann hätte es ja keine Verlängerung gebraucht.

Vorsitzender Kürschner: So, jetzt Herr Dr. Garg.

(Abgeordneter Harms: Darf ich da noch kurz – –?)

– Ich habe Herrn Garg eben auch schon die Nachfrage abgeschnitten, glaube ich. Deswegen ist Herr Dr. Garg jetzt dran.

(Abgeordneter Dr. Garg: Ich trete ab!)

– Dann Herr Harms.

Abgeordneter Harms: Es ist einfach nur eine Nachfrage, weil das durch die Zwischenbemerkung von Herrn Dürbrook untergegangen ist. Es wäre mir jetzt nur ganz wichtig. Haben Sie vereinbart, dass sie bis zum 1. September im Amt bleibt, danach drei Monate Übergangszeit ist, danach der Versuch, ab 1. Januar in Hamburg unterzukommen, oder ist etwas anderes vereinbart worden? Und wenn ja, was? Und ist das den für das Personal zuständigen Personen mitgeteilt worden? Und wo finden wir das in den Akten? – Jemanden nicht arbeiten zu lassen und

trotzdem Geld zu zahlen – was total okay ist vor dem sozialem Hintergrund –, muss ja irgendjemandem zur Administration mitgeteilt werden. Das ist einfach nur die Nachfrage: Finden wir das irgendwo? Dann wühlen wir da ja gerne auch selber nach.

Ministerin Touré: Nein, das haben wir in der Form nicht vereinbart.

Abgeordneter Dr. Garg: Ich glaube halt, Frau Ministerin – Sie haben sich da fast ein bisschen – wie soll ich sagen – lustig über mich gemacht. Ich möchte gar nicht, dass Sie jedes Vieraugengespräch, das Sie jemals führen, aktenkundig machen. Ich will nur darauf hinweisen, dass ja offensichtlich auch in Ihrem Ministerium auf der Mitarbeitenebene denen, die damit befasst waren, nicht so ganz klar war, wie eigentlich die Konditionen ausgesehen haben. Am 17. August 2023 bittet ein Mitarbeiter Ihres Ministeriums St a. D. offensichtlich um ein Schriftstück, in dem die damalige Staatssekretärin um ihre Entlassung bittet. Eine solche schriftliche Erklärung gibt St a. D. nicht ab und verweist dann wegen ungeklärter Fragen unter anderem zu ihren Bezügen und zur Rückkehr in die Justiz auf eine Vereinbarung mit Ihnen. Wörtlich heißt es dann in einer E-Mail der ehemaligen Staatssekretärin vom 17. August 2023:

„Dies ist Teil der Vereinbarung, da ich nicht zwischenzeitlich in Ratzeburg arbeiten werde.“

Jetzt kommen wir genau zum Punkt: Diese Vereinbarung kennt keiner; also ich kenne sie jedenfalls nicht. Ich weiß nicht, ob sie hier irgendjemand kennt; in den Akten ist sie nämlich nicht zu finden. Dass die Modalitäten der Beendigung des Dienstverhältnisses nicht aktenkundig sind, finde ich halt schräg. Darauf bezog sich meine Frage. Denn die Mo-

dalitäten müssen wir, um den ganzen Vorgang bewerten zu können, kennen. Außerdem glaube ich ohnehin, dass die Modalitäten zur Beendigung eines Dienstverhältnisses aktenkundig gemacht werden müssen. Das hat jetzt weniger was mit Vier- oder Achteaugengespräch zu tun. Das liegt aus meiner Sicht eigentlich auf der Hand.

Ministerin Touré: Damit auch da kein falscher Eindruck entsteht: Dazu liegen natürlich Unterlagen vor. Sie haben nur zwei Fragen, die Sie dezidiert stellen. Es gibt ungeklärte Fragen, die Frau Samadzade dort formuliert, und dass es für sie unklar ist und dass sie die Fragen gerne in dem Verfahren klären möchte. Das ist auch gar nicht problematisch. Es ist relativ normal, dass Fragen gestellt werden. Der zweite Punkt, nach dem Sie gefragt haben, ist, ob es eine Vereinbarung in dieser Form gegeben hat. Die hat es nicht gegeben, und deswegen können Sie die auch in dieser Form, wie Sie die nachfragen, nicht finden. Daher kann es dort ein Missverständnis auf Seiten der ehemaligen Staatssekretärin gegeben haben, mit Blick darauf, wie die Entlassung stattzufinden hat.

Nichtsdestotrotz möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wenn die Logik gewesen wäre: „Eine Entlassung findet zum 1. September statt, oder nur bis dorthin soll die Arbeit stattfinden und für den Rest des Jahres soll es“

(Ausfall Mikrofonanlage)

– Jesus Christ! – „eine bezahlte Freistellung geben“, dann hätte es ja nicht die Notwendigkeit gegeben, das dann noch einmal zu verlängern, sondern man hätte sich darauf geeinigt: „Das ist bis Ende August, und dann ist vorbei – Punkt.“ Dann haben wir ja aber im Juli ein Gespräch geführt und gesagt, wir verlängern das, weil ihre Situation nicht geklärt

war, aber auch, weil ich zu dem Zeitpunkt keine neue Staatssekretärin hatte.

Staatssekretärin Schiller-Tobies: Vielleicht einmal dazu, weil es ja so ein bisschen nebulös wirkt: Wir wussten erst, in welchem Beamtenverhältnis Frau Samadzade steht, als klar war, dass sie sich aus dem Beamtenverhältnis als Staatssekretärin verabschiedet. Es ist so gewesen, dass sie seinerzeit vom Amtsgericht Ratzeburg ans Amtsgericht Hamburg abgeordnet worden ist. Die Abordnung hat in dem Moment, als sie Staatssekretärin wurde, automatisch geendet. Damit war sie quasi wieder Beamtin – ich sage mal: Richterin – für Schleswig-Holstein. Das wussten wir aber zu dem Zeitpunkt gar nicht, sondern erst aufgrund der Tatsache, dass gesagt wurde: Okay, natürlich sollst du nach deinem Ausscheiden wieder an das Amtsgericht Hamburg zurückkehren.

Frau Samadzade selbst hat die Gespräche in Hamburg mit der Justizbehörde geführt, kam im Juli zurück und hat gesagt: Ich hab alles geklärt, das kann losgehen. – Dann haben wir die Personalabteilungen zusammengesetzt, sowohl im Justizministerium als auch bei uns, damit das Ganze auf den Weg gebracht wird. Dabei hat sich herausgestellt, dass aufgrund der vorherigen Abordnung das Richterverhältnis für Schleswig-Holstein anzuwenden ist und sie deswegen nicht automatisch wieder nach Hamburg abgeordnet werden konnte.

Dadurch ist es dazu gekommen, dass Frau Samadzade zunächst wieder als Richterin in Schleswig-Holstein betrachtet werden musste, womit sie einfach nicht einverstanden war, sondern gesagt hat: Ich möchte aber wieder nach Hamburg zurück. – Dann haben wir Kontakt mit Hamburg gehabt, und Hamburg hat gesagt: Wir haben aber frühestens ab 1. Januar 2024 wieder eine Stelle frei. – So ist das dann zustande gekommen.

Dann haben wir natürlich Gespräche darüber geführt, wie man diese Lücke entsprechend füllen kann. Zum einen, das hat die Ministerin ja ausgeführt, ging es darum, zu sagen – meine Nachfolge stand zu dem Zeitpunkt ja noch nicht fest –: Wir müssen zumindest die Zeit, in der die bisherigen Herausforderungen noch abzudecken sind, durch aktiven Dienst der Staatssekretärin abdecken. – Dann hätte man mit Blick auf Resturlaub und Überstunden weitergucken können. Das ist das, was Sie auch in den Akten finden. Da wird gefragt: Wie viel Resturlaub gibt es noch? Wie viele Überstunden sind noch da? – Dass man es dadurch überbrücken konnte. Denn es war auch klar, dass eine Freistellung ohne Bezüge immer im Einvernehmen mit der Staatskanzlei hergestellt werden muss. Es war auch klar, dass wir aus haushalterischer Sicht gesagt haben: Das können wir nicht verantworten, vor allem nicht bei den Herausforderungen, vor denen unser Haus gerade steht.

Abgeordnete Röpcke: Ich wollte nur Folgendes sagen: Ich nehme es so wahr, dass es hier einerseits um Fürsorgepflichten ging. Aus dem, was die Staatssekretärin gerade gesagt hat, geht auch hervor, dass die relevanten Dinge, die dann wirklich vereinbart wurden und wo auch die Personalabteilung mit dabei war, natürlich veraktet sind. Was ich auch konstatieren wollen würde, ist erstens – weil Sie so eine seltsame Bemerkung gemacht hatten –, dass ich mich eigentlich freue, wenn ein Ministerium gut vorbereitet in den Ausschuss kommt – nur, weil Sie gerade die Idee hatten, dass es da Absprachen gab.

(Abgeordneter Dürbrook: Es war eine Choreografie erkennbar!)

Zweitens würde ich das Ministerium noch mal indirekt einbeziehen wollen, weil ich finde, dass aus der Aussage des MJG gerade deutlich wird, dass nicht alle Aussagen, die Frau Samadzade hier im Ausschuss gemacht hat, glaubwürdig sind, beziehungsweise eins zu

eins der Wahrheit entsprechen. Es ging daraus ein bisschen hervor, dass da manchmal Unschärfen in der Zeitlichkeit, in den Daten und so weiter zustande kamen. Das haben wir schon an verschiedenen Stellen hier im Ausschuss gesehen. Das wollte ich einfach nur, ohne eine Frage zu formulieren, kommentieren.

Abgeordneter Dürbrook: Auf dieser Seite des Tisches hat niemand Frau Samadzade zur Staatssekretärin gemacht. Insofern fühle ich mich da an der Stelle irgendwie gar nicht so angesprochen, jemanden zu verteidigen.

Jetzt habe ich Sie, Frau Ministerin, gerade so verstanden, dass Sie im Juli mit Frau Samadzade schon über die Verlängerung gesprochen haben – wenn ich das gerade richtig verstanden habe. Das erschließt sich mir nicht so ganz, weil wenn man in die Akten reinguckt, sieht man, dass ja offenbar auch für die für Personalvorgänge im Ministerium Zuständigen Ende August total unklar war, in welche Richtung das geht. Die wussten ja am 23. August noch immer nicht, dass Frau Samadzade nicht zum 1. September geht. Die haben sich da noch Mails hin- und hergeschrieben, wo sie selber gerätselt haben, was jetzt der nächste Schritt ist. Selbst wenn man das schon irgendwo mit irgendjemandem abgesprochen hat; mit den für Personal zuständigen Menschen im eigenen Ministerium hatte man den Punkt nicht erörtert. Die schreiben sich zum Beispiel am 23. August noch eine Mail hin und her – Namen nenne ich jetzt natürlich nicht –, dass es noch mal ein Gespräch zwischen Frau Samadzade und Frau Touré geben soll, ob eine spätere Entlassung möglich ist. Zumindest aus deren Sicht war zu dem Zeitpunkt alles total unklar.

Jetzt haben Sie aber gerade gesagt: Sie haben schon viel früher mit Frau Samadzade darüber gesprochen. – Oder haben Sie tatsächlich erst eine Woche, bevor Frau Samadzade dann eigentlich gehen sollte, den

Zeitplan noch mal aufgemacht? Oder haben Sie nur Ihr Ministerium nicht darüber informiert? Denn irgendwie passt das ja nicht zusammen.

Ministerin Touré: Nein, ich hatte nur auf das Datum Bezug genommen, das Herr Garg genannt hatte, weil ich mich nicht mehr im Detail daran erinnern konnte. Ich dachte, dass Sie auf das Telefonat Bezug genommen hatten, das wir dann Ende August geführt haben. Das hat nicht im Juli stattgefunden; das war relativ spät im August. Die Option wäre sonst einfach gewesen, wenn das mit Hamburg geklappt hätte, dass die Position der Staatssekretärin einfach unbesetzt gewesen wäre, bis ich eine gefunden hätte.

Abgeordneter Dürbrook: Das heißt – nur um das mal klarzustellen – Sie haben dann wirklich erst nach dem 23. August mit Frau Samadzade besprochen, dass sie doch noch länger bleibt, also weniger als eine Woche, bevor sie eigentlich gehen sollte? Zu dem Zeitpunkt war noch vollkommen unklar, wie es jetzt im Sozialministerium weitergeht und ob es dann eine Zeit lang nur einen Staatssekretär und eine Vakanz gibt? Das hat sich innerhalb von so wenigen Tagen alles entschieden?

Ministerin Touré: Diese Frage war noch lange Zeit offen, ja. Und ich weiß, Sie können sich das vielleicht nicht vorstellen. Es ist auch völlig in Ordnung, dass Sie sich das nicht vorstellen können. Wenn ich auf den Zeitpunkt letztes Jahr blicke, ist es nicht so gewesen, als hätte ich mich als Ministerin ausschließlich mit dieser Frage befasst, sondern ich habe mich mit sehr vielen Fragen befasst. Unter anderem gab es mit Blick auf die Unterbringung von Geflüchteten sehr viele Fragen – politische Fragen, organisatorische Fragen –, die mich mehr beschäftigt haben, die mich jeden Tag beschäftigt haben.

Deswegen war es für uns – – Ich weiß, dass wir uns jetzt sehr dezidiert nur dieses Thema angucken, aber mein Alltag sieht ja nicht so aus, als hätte ich mich nur mit dieser Frage auseinandergesetzt. Und ja, es gab die Realität, dass im Zweifel einfach eine Situation entstanden wäre, bei der dann die Staatssekretärin gegangen wäre, wenn das mit Hamburg geklappt hätte, und der andere Staatssekretär dann beide Aufgaben hätte übernehmen müssen. Das wäre dann die Realität gewesen, bis eine neue Besetzung stattgefunden hätte. Manchmal ist das so.

Ich habe mir Zeit gelassen, nachdem ich eine personelle Falschentscheidung getroffen hatte, eine nächste Person zu finden. Das kann man finden, wie man möchte. Das ist aber die Realität und die Situation, in der wir uns befunden haben. Ich sehe auch keinen Grund, mich dafür zu rechtfertigen. Das ist zu dem Zeitpunkt einfach eine Situation gewesen, die politisch dermaßen intensiv war, in der ich mich mit vielen inhaltlichen Fragen auseinandergesetzt habe und in der diese Entscheidung relativ spät getroffen worden ist, ja.

Abgeordneter Dürbrook: Ich verstehe das gerade wegen der Zeiten, in denen sich das Ganze abgespielt hat, nicht. Diejenige Person, die auch bei uns hier im Ausschuss war und zum Beispiel zu der ganzen ungeklärten Frage der Flüchtlingsunterbringung berichtet hat, war ja Frau Samadzade. Das war die Staatssekretärin, die diesen gesamten Teil verantwortet hat. So eine zentrale Frage dann einfach offenzulassen und da reinzulassen, ist tatsächlich schwer nachvollziehbar. Ich glaube Ihnen, dass das alles so stattgefunden hat. Aber ich finde, das wirft ein Stück weit ein Schlaglicht auf die Dinge, wie sie im Sozialministerium ganz offensichtlich laufen.

Ministerin Touré: Es ist für mich völlig in Ordnung, wenn Sie das so wahrnehmen und wenn Sie glauben, dass die Situation so ist,

wie sie ist. Aber die Realität und der Alltag sahen eben so aus, dass ich viele dieser Aufgaben schlichtweg selbst übernommen habe und deswegen einfach ein hohes Arbeitspensum hatte. Ich habe Ihnen auch in einer internen Ausschusssitzung letztes Jahr im November dargestellt, dass es schlichtweg eine Zeit war, in der man intensiv an Fragen gearbeitet hat und alle maximal gefordert waren. Deswegen ist die Situation so gewesen, dass man sich mit den inhaltlichen und organisatorischen Fragen maximal auseinandergesetzt hat und die Aufgaben nicht liegen geblieben sind, sondern man stark priorisiert hat, diese Aufgaben zu bearbeiten.

Abgeordnete Röpcke: Ich wollte nur sagen, dass ich das vollkommen nachvollziehbar finde. Ich finde das überhaupt nicht problematisch. Insbesondere, wenn da unbesetzte Stellen und Bereiche sind und man politisch etwas erreichen will, insbesondere im Bereich Antidiskriminierung, finde ich das nachvollziehbar. Ich bin sogar dankbar dafür, wenn sich eine Ministerin eher mit strategischen und politischen Fragen auseinandersetzt als in aller Intensität mit Personalfragen, zumal das zu dem Zeitpunkt nicht absehbar war. Natürlich gehören Personalfragen dazu, und ich finde es auch vollkommen richtig, eine korrekte Aktenführung zu haben und so weiter und so fort. Ich glaube, das bestreitet hier in diesem Raum auch niemand. Das ist aber eben nicht das Einzige, was es gibt. Deswegen finde ich das vollkommen nachvollziehbar.

Abgeordneter Dürbrook: Frau Röpcke, Sie haben in die Akten, glaube ich, nicht reingeguckt, wenn ich das richtig auf dem Schirm habe. Ich glaube, jedem, der in diese Akten mal reingeschaut hat, erschließt sich relativ schnell, dass diese Akten nicht vernünftig geführt sind und dass gerade die Frage dieser Personalvorgänge nicht in der Detailliertheit niedergelegt ist, wie es eigentlich erforderlich

wäre. Um es ein bisschen deutlicher zu formulieren: Da sind ganze Aspekte überhaupt gar nicht berücksichtigt. Zum Beispiel die ganze Frage, wie es jetzt eigentlich mit Frau Samadzade weitergeht, findet sich in den Akten einfach nicht wieder. Da gibt es vereinzelte Mails von den Personalreferenten im Ministerium, aber mehr auch nicht. Das ist natürlich nicht ausreichend in einer Verwaltung, um solche Vorgänge zu dokumentieren.

(Ausfall Mikrofonanlage)

Vorsitzender Kürschner: Gibt es weitere Wortmeldungen?

Abgeordneter Dürbrook: Ich hätte gern eine Frage angeschlossen, Herr Vorsitzender, aber mein Mikrofon macht hier alle zehn Sekunden die Grätsche. Das ist wahrscheinlich die KI.

(Heiterkeit)

Wir versuchen es noch mal. – Es gab dann diese Kleine Anfrage der FDP, in der nach den konkreten Gründen für die Verschiebung des Abgangs gefragt wurde. Die Kleine Anfrage wurde schriftlich beantwortet, und dann haben Sie es aber in der Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses vom 1. November auch noch einmal mündlich gemacht. Die zweite Frage lautete:

„Was sind die konkreten Gründe dafür, dass die Landesregierung [...] am Ende der Sommerpause erklärt hat, dass die Staatssekretärin [...] erst zum 31. Dezember aus ihrem Amt ausscheiden werde? Bitte erläutern.“

Das war die Frage der FDP. Ihre Antwort war, was Sie vor der Sommerpause gemacht haben, dass Frau Samadzade eine Rückkehr in den Justizdienst in Hamburg angestrebt hat und dass dort erst zum 1. Januar 2024 eine Stelle frei war.

Den ganzen Punkt, der vorletzte Woche – zumindest das erste Mal hier in öffentlicher Sitzung – zur Sprache kam, nämlich, dass es auch darum ging, dass die Frage der Nachfolge ungeklärt war – das haben Sie heute ja auch noch mal angeführt –, haben Sie in der Kleinen Anfrage mit keinem Wort erwähnt, obwohl da nach den konkreten Gründen gefragt war und der Wunsch bestand, dass diese erläutert werden. Sie haben die Anfrage also – zumindest aus heutiger Sicht – nicht so umfänglich und konkret, wie es eigentlich gewünscht war, beantwortet. Das war übrigens auch der Ausgangspunkt, an dem diese ganze Akteneinsicht eigentlich erst begonnen hat.

Vorsitzender Kürschner: War damit jetzt eine Frage verbunden?

(Ministerin Touré: Ich habe eine Frage rausgehört!)

– Sie haben eine Frage rausgehört. Frau Ministerin.

Ministerin Touré: Ich habe Ihnen das ja eben gerade schon dargestellt, und ich habe Ihnen auch in der Sitzung am 1. November 2023 dargestellt, dass im Zweifel eine Situation entstanden wäre, in der Frau Samadzade ans Amtsgericht zurückgekehrt wäre und die Stelle dann einfach nicht besetzt gewesen wäre. Das war der ursprüngliche Grund, warum wir das dann verlängert haben, weil es auch in meine Situation hineinpasste, dass diese Aufgabe der Staatssekretärin dann weiter erfüllt werden würde.

Abgeordneter Dürbrook: Aber warum haben Sie das denn nicht in der Antwort auf die Kleine Anfrage so geschrieben? Da haben Sie diesen Teil einfach weggelassen. Da haben Sie nur über die personaltechnischen Gründe mit Hamburg, der Rückkehr und was weiß ich, was gesprochen. Über diese Frage der ungeklärten Nachfolge findet sich da kein Wort.

Ministerin Touré: Weil halt der Auslöser war, Herr Dürbrook, dass sie nicht ans Amtsgericht zurückkehren konnte. Das war der Auslöser für die Verlängerung bis zum Ende des Jahres. Das hat auch in die Situation hineingepasst, dass ich keine Nachbesetzung gehabt hätte. Aber im Zweifel wäre es möglich gewesen. Das wäre einfach schlichtweg so gewesen.

Sie hören doch jetzt gerade heute von mir und auch am 1. November 2023, dass ich das noch ergänzt habe. Ihre Frage, ob dieser Halbsatz in der Kleinen Anfrage noch hätte ergänzt werden müssen, können wir jetzt ja mit Ja beantworten. Es ging nicht darum, das Parlament zu belügen, sondern ich habe an der Stelle einfach den Ursprung und die Ursache benannt. Danach hätte man vielleicht noch ergänzen müssen: Und außerdem war es für mich eine praktische Situation, weil ich noch keine Nachfolge entschieden hatte.

Vorsitzender Kürschner: Ich kommentiere einmal als Abgeordneter, dass wir das natürlich schon in den 13 vergangenen Sitzungen zu diesem Tagesordnungspunkt mehrfach besprochen haben. – Gibt es jetzt weitere Wortmeldungen dazu? – Herr Dürbrook.

Abgeordneter Dürbrook: Die Ministerin hatte in der Form so noch nicht gesagt, dass man die Kleine Anfrage anders hätte beantworten können. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Sitzung vom 1. November. Ich habe umfangreiche Notizen dazu. Da haben

Sie uns im Kern erzählt: Alles war absolut richtig, so wie es lief, und die Kleine Anfrage wurde mustergültig beantwortet. – Das war Ihre damalige Kommentierung des Ganzen, wenn ich das mal so ein bisschen zusammenfassen soll. Jetzt setzen Sie sich hin und sagen: Na ja, das hätte man auch anders machen können, und vielleicht war das aus heutiger Sicht ein Fehler. – Das habe ich von Ihnen heute das erste Mal gehört. Das habe ich vorher in der Form so nicht gehört.

Ich hätte tatsächlich noch ein paar Fragen, wenn ich anschließen darf. Frau Samadzade hat vor zwei Wochen umfanglich zu verschiedensten Punkten berichtet. Da bräuchte ich jetzt einmal diesen Zettel.

(Abgeordneter Dürbrook nimmt Einblick in seine Unterlagen)

Jetzt haben wir leider noch kein Wortprotokoll von der Sitzung von vor zwei Wochen, aber sie hat im Wesentlichen ja das gesagt, was sich auch schon aus der Begründung der Verwaltungsrechtssache zwischen ihr und dem Land Schleswig-Holstein ergibt. Deswegen würde ich einfach daraus zitieren. Da gibt Frau Samadzade auf Seite 4 im Wesentlichen das Gespräch zwischen Ihnen und Frau Samadzade vom 17. Oktober wieder. In direkter Rede ist wiedergegeben:

„Sie habe die Wahl: selbst zurückzutreten oder vom Ministerpräsidenten entlassen zu werden.“

Können Sie sich daran erinnern, dass der Dialog zwischen Ihnen beiden am Telefon so stattgefunden hat?

Ministerin Touré: Natürlich kann ich mich an das Gespräch erinnern. Wir haben in dem

Gespräch darüber gesprochen, welche Optionen da sind. Entweder gibt es eben diese Entlassung, oder sie wird zum Rücktritt gebeten.

Abgeordneter Dr. Garg: Ich weiß nicht, ob Sie das gerade so gemeint haben, aber wenn es tatsächlich eine Option gewesen wäre, dass der Ministerpräsident die Staatssekretärin entlässt, würde das – würde ich jetzt mal sagen – ja nicht ohne Konsequenzen für eine Koalition bleiben.

(Zurufe)

– Entschuldigung! Wenn Sie – –

(Abgeordneter Dr. Junghans:
Quatsch! Blödsinn!)

– Ach so? Das ist Blödsinn?

(Zuruf Abgeordneter Dr. Junghans)

– In wie vielen Regierungen waren Sie schon?

Vorsitzender Kürschner: Mit Mikro und der Reihe nach! – Herr Dr. Garg ist dran.

Abgeordneter Dr. Garg: Wenn das Blödsinn ist, ist ja gut. Wenn reihenweise Grüne-Staatssekretärinnen entlassen würden, dann bliebe das ohne Konsequenzen für die Koalition? Das nehme ich einfach mal so mit.

Um jetzt noch mal ganz ernsthaft zu fragen: Es kann ja in einer Koalitionsregierung keine Option sein, dass der Ministerpräsident sich gezwungen sieht, eine Staatssekretärin zu entlassen. Deswegen meine Frage an Sie: Man gewinnt ein bisschen den Eindruck, dass

das Sozialministerium in dem Zeitraum jedenfalls teilweise mit durch die Staatskanzlei gesteuert wurde. Teilen Sie inhaltlich die Kritik, die da aus der Staatskanzlei kam, also insbesondere auch von Herrn Schrödter, also M/CdS?

Ministerin Touré: Formell ist es ja einfach faktisch so, dass der Ministerpräsident ernannt und erlässt.

(Abgeordneter Dr. Garg: Natürlich!)

Das steht in unserer Verfassung so. Deswegen finde ich es jetzt erst mal gar nicht seltsam, dass das dann auch so abgelaufen ist.

Was man bei diesem ganzen Verfahren auch nicht vergessen darf, ist, dass wir uns ja schon grundsätzlich darauf geeinigt hatten, dass die Staatssekretärin nicht weiter im Amt sein wird. Das haben wir dann aufgrund der Haltung vorgezogen, die sie politisch vertreten hat und die anders war als die, die wir als Landesregierung hatten. Wenn Sie mir die Frage stellen, ob wir da gemeinsam drauf geblickt haben: Ja, wir haben gemeinsam als Regierung so darauf geblickt, dass das die richtige Entscheidung ist. Ihre weitere Aussage, wer das Sozialministerium führt, lasse ich einfach mal so stehen.

Vorsitzender Kürschner: Ich möchte einmal als Abgeordneter Herrn Dr. Garg entgegenen, dass ich „reihenweise“ nicht so stehen lassen möchte, weil es ja nur einen Fall gibt, nicht? Und von der FDP gab es keinen.

Abgeordneter Dürbrook: Das ist zweifelsohne so. – Am 18. Oktober haben Sie dann nach Darstellung von Frau Samadzade – und ich glaube ehrlich gesagt, das ergibt sich auch aus den Screenshots, die wir gesehen

haben – noch mal telefoniert. Laut der Begründung, die auch verumdruckt ist, haben Sie nach Darstellung von Frau Samadzade massiven Druck auf sie ausgeübt:

„Frau Touré sagte, sie wolle ihre Karriere nicht gefährden und noch ein paar Jahre in der Politik arbeiten. Zudem drohte sie der Klägerin, sie werde nirgendwo mehr arbeiten können.“

Die Darstellung des ersten Telefonates vom 17. Oktober – das haben Sie jetzt gerade bestätigt – war einigermaßen korrekt. Ist die Darstellung des Telefonats vom 18. Oktober auch zutreffend?

Ministerin Touré: Nein, ich habe Frau Samadzade nicht gedroht – ich würde nie einer Mitarbeiterin drohen –, sondern mit ihr darüber gesprochen, was die Konsequenzen ihres Handelns sein könnten. Das haben wir einfach besprochen. Ich kann dazu nichts weiter sagen, als dass ich eine andere Wahrnehmung von diesem Gespräch hatte und wir schlichtweg über die Beendigung des Dienstverhältnisses gesprochen haben und darüber, wie wir einen einvernehmlichen Weg finden können, um das zu vollziehen.

Abgeordneter Dürbrook: Direkt daran angeschlossen: Frau Samadzade hat uns in der vorletzten Woche berichtet, dass Sie ihr dann zugesagt hätten, auch eine bezahlte Freistellung wäre kein Problem. Man würde da eine Lösung finden. Sie hat uns dann ein Zitat mitgegeben: Das Geld kratze ich im Ministerium zusammen oder zahle das selber. – Den Teil kann man sich ja gar nicht vorstellen; den mag man sich auch gar nicht vorstellen. Haben Sie diese Zusage, was die Freistellung angeht, in dem Telefonat gemacht?

Ministerin Touré: Ich habe eine andere Erinnerung an dieses Telefonat, auch an die Art und Weise, wie wir dieses Gespräch geführt haben. Das möchte ich sehr deutlich sagen. Es ist für mich völlig in Ordnung, wenn Sie der Darstellung von Frau Samadzade mehr glauben. Ich möchte nur einmal sehr deutlich sagen, dass ich eine andere Erinnerung an dieses Gespräch habe, dass wir über die Modalitäten der Entlassung gesprochen haben und es darum ging, dass eine Entlassung möglichst zügig stattfinden soll. Es wurden keine schriftlichen Zusagen in irgendeiner Form gemacht.

Abgeordneter Dürbrook: Dass in einem Telefonat keine schriftlichen Zusagen gemacht werden, erschließt sich ja erst mal von selbst. – Noch mal zum Punkt der Freistellung, weil Sie dem gerade nicht so direkt widersprochen haben: Haben Sie ihr das am Telefon zugesagt? Haben Sie in den Raum gestellt, dass es die Option einer wie auch immer gearteten bezahlten Freistellung geben sollte? Sie haben ja nur gesagt: möglichst schnell eine Entlassung. – Aber das eine widerspricht dem anderen ja nicht.

Ministerin Touré: Ich habe dazu eben gerade alles gesagt.

Abgeordneter Dr. Garg: Ich finde diesen Satz: Ansonsten entlässt Sie der Ministerpräsident – – Ich will darauf gar nicht mehr weiter eingehen. – Gab es denn jemals die Option einer Versetzung in den einstweiligen Ruhestand? Es ist ja ein Unterschied, ob man jemanden entlässt oder ihr oder ihm anbietet, in den einstweiligen Ruhestand versetzt zu werden.

Ministerin Touré: Nein.

Abgeordneter Dürbrook: Ich würde nur einmal formal darauf hinweisen, dass wir uns

hier gar keine Äußerungen zu eigen machen und ich noch gar nichts dazu gesagt habe, wem ich mehr glaube oder nicht glaube. Deswegen ist es ja so wunderschön, dass Sie heute hier sind und wir uns darüber unterhalten können. Es sind aber sehr harte Vorwürfe, die Frau Samadzade in der vorletzten Woche hier in den Raum gestellt hat. Die zu hinterfragen und nicht einfach so im Raum stehen zu lassen, ist natürlich auch in Ihrem Interesse. Es ist ja nicht nur unser Interesse, das aufzuklären.

Frau Samadzade hat in der vorletzten Woche auch noch gesagt, in dem Gespräch hätten Sie gesagt, es gehe der CDU darum, Bezüge für Frau Samadzade zu verhindern. Das war ein Zitat, das auch ich mir so mitgeschrieben habe. Ging es denn tatsächlich nur der CDU darum, oder ging es auch Ihnen darum, zu verhindern, dass Frau Samadzade für ihre Zeit als Staatssekretärin Bezüge erhält?

Ministerin Touré: Sie hat ja in ihrer Zeit als Staatssekretärin Bezüge bekommen, und es ging darum, jetzt möglichst kurzfristig das Verhältnis zu beenden. Dann wäre Frau Samadzade ja auch nicht in ein Nichts gefallen, sondern sie ist ja immer noch Beamtin.

Abgeordneter Dürbrook: Ein Punkt, an dem, glaube ich, viele im Ausschuss vor zwei Wochen aufgehört haben, war ja, als Frau Samadzade darauf verwies, dass in einem Gespräch zwischen ihr und Frau Schneider Frau Schneider darauf hingewiesen habe, dass sie mit Ihnen irgendwann in den Wochen vor dem Oktober oder rund um den Oktober ein Gespräch über Frau Samadzade geführt habe. Sie hätten sich also mit Frau Schneider, die zu dem Zeitpunkt Präsidentin des Landgerichts Lübeck war, über Frau Samadzade unterhalten. Können Sie sich an dieses Gespräch mit Frau Schneider erinnern? Was war Inhalt dieses Gesprächs, falls es stattgefunden hat?

Ministerin Touré: Dieses Gespräch hat es nicht gegeben.

Abgeordneter Dürbrook: Dann hätte ich noch Fragen rund um die Einleitung des Disziplinarverfahrens. Wenn man die Akten liest, sieht man, dass Ihr Haus sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt hat, dieses Disziplinarverfahren einleiten zu müssen, dass die Staatskanzlei einen anderen Blick darauf hatte und dass es ganz offensichtlich im Hintergrund noch einen Austausch gegeben haben muss, der sich in den Akten so nicht wiederfindet und der dann letztlich dazu geführt hat, dass der Abteilungsleiter aus Ihrem Haus der Staatskanzlei die Zusage geben musste: Wir leiten jetzt doch ein Disziplinarverfahren ein.

Mich würde aber interessieren, woher dieser Sinneswandel kam. Am selben Tag, an dem dann die Zusage „wir leiten das Disziplinarverfahren ein“ kommt, wird morgens noch gesagt: „Wir leiten kein Disziplinarverfahren ein.“ Da muss es ja in irgendeiner Weise eine Weisung oder was auch immer gegeben haben. Die kam vermutlich von Ihnen. Da würde mich erstens interessieren: War das so? Kam das von Ihnen? Und zweitens: Was war der Hintergrund? Was hat Sie dazu bewegt, dass sich die Position des Sozialministeriums verändert hat und man dieses Disziplinarverfahren dann doch eingeleitet hat?

Ministerin Touré: Ich möchte Sie jetzt nicht dazu motivieren, noch mehr Akteneinsichtsverfahren anzustreben, aber das ist wirklich nicht der erste Fall, wo die Staatskanzlei und das Sozialministerium unterschiedliche Auffassungen haben. Für andere Häuser in jeglichen inhaltlichen Fragen gilt genauso – das kann ich Ihnen versprechen –, dass man unterschiedlich auf Fragen blickt und auch auf juristische Fragen unterschiedlich blickt. Das finde ich erst mal überhaupt nicht dramatisch. Das haben wir in vielen Fragen, und das würde ich gar nicht so hoch bewerten.

Wir haben einfach schlichtweg eine andere Auffassung gehabt, eine juristisch andere Auffassung, und haben das in dem Zeitraum intensiv diskutiert. Sie müssen dazu natürlich wissen, dass das alles ein sehr kurzfristiger Zeitraum war und dass die Frage, wer dann das Disziplinarverfahren übernimmt und so weiter, eine Frage von Stunden und Tagen gewesen ist, in denen man diese Frage beantworten musste. Da hat es juristische Auffassungen in der Staatskanzlei gegeben, juristische Auffassungen bei uns im Haus, und dann hat es eine politische Entscheidung dazu gegeben, dass wir das dann so auf den Weg bringen. Daher haben wir das dann auf den Weg gebracht. Aber auch dazu gibt es ja ein Klageverfahren, und daher glaube ich, dass sich weitere Fragen dazu auflösen werden.

Abgeordneter Dürbrook: Da ergeben sich jetzt für mich zwei Fragen: Erstens. Was ist eine „politische Entscheidung“ bei einem Disziplinarverfahren? Das müssten Sie mir, glaube ich, einmal beantworten. Vielleicht bleiben wir erst mal bei der Frage.

Ministerin Touré: Dann an der Stelle das Disziplinarverfahren zu übernehmen.

(Abgeordneter Dürbrook: Also war es denn ein – – Ich darf?)

Vorsitzender Kürschner: Ich würde gerne einmal etwas als Abgeordneter nur dazwischen sagen. Nach meiner Bewertung könnte es auch gut so gewesen sein, dass das Disziplinarverfahren schon ganz ursprünglich von der Staatskanzlei eröffnet wurde – vielleicht nicht ganz ausdrücklich. Aber das dürfte die Staatskanzlei, und rein faktisch ist es wahrscheinlich so passiert. Das wäre jedenfalls eine Weise, wie man es bewerten könnte.

Abgeordneter Dürbrook: Ich glaube, es ist ausgeschlossen, dass man es so bewerten kann, wenn man sich den Schriftwechsel in den Akten anguckt. Denn vor dem Hintergrund des Schriftwechsels zwischen dem 27. und 30. Oktober – und ich habe mir, glaube ich, die Auszüge daraus ganz gut zurechtgeschrieben – kann ich Ihnen versichern, dass es definitiv nicht so war, dass die Staatskanzlei das inoffiziell oder offiziell gemacht oder so gemeint, aber nicht gemacht oder auf welchem Wege auch immer ein Disziplinarverfahren eingeleitet hat. Denn man hat sich da erkennbar darüber geärgert, dass das Sozialministerium es noch nicht getan hat und dann das Sozialministerium in die Richtung gedrängt, es zu tun.

Aber ich habe die Frage gerade noch nicht so richtig beantwortet bekommen. Ob Sie jetzt ein Disziplinarverfahren einleiten oder nicht, ist ja per se erst mal keine politische Entscheidung, sondern eine juristische Abwägung. War es denn jetzt doch eine politische Entscheidung, dass Sie dieses Disziplinarverfahren eingeleitet haben?

Ministerin Touré: Es hat juristisch unterschiedliche Meinungen dazu gegeben, wer es einleiten soll, ob man es einleiten soll und so weiter. Deswegen habe ich das als politische Entscheidung dargestellt. Man kann es auch einfach als die Entscheidung darstellen, dass wir als Sozialministerium das Verfahren übernehmen – Punkt.

Abgeordneter Dr. Garg: Also gab es eine Auseinandersetzung zwischen Ihrem Haus und der Staatskanzlei in dieser Frage, und Sie haben am Ende entschieden, dass Sie das Disziplinarverfahren einleiten.

(Ministerin Touré nickt zustimmend)

– Ja, okay.

Abgeordneter Dürbrook: Ich würde nur noch einmal darauf hinweisen – das habe ich einleitend ja auch schon gesagt –, dass wir jetzt versucht haben, uns Mühe zu geben, die vorletzte Woche so zu rekapitulieren, dass wir das Gespräch heute trotzdem führen können und dass Sie heute nicht umsonst da waren.

Es ist eine andere Geschichte, wenn wir dann das Wortprotokoll, das wir extra dafür haben anfertigen lassen, konkret vorliegen haben. Deswegen möchte ich nur einen Hinweis geben, bevor es dann wieder Empörung gibt: Wir behalten uns selbstverständlich vor, Sie noch mal einzuladen, wenn wir die Äußerungen von Frau Samadzade konkret vorliegen haben, weil es schon wichtig wäre, das abzugleichen. Aber im Sinne der Beschleunigung des ganzen Vorgangs waren wir heute gerne bereit, das heute schon mal weiterzuverfolgen.

Ministerin Touré: Nur damit es kein Missverständnis gibt: Wir hatten es aus der vorherigen Ausschusssitzung so verstanden, dass Sie den Wunsch hatten, dass ich vorbeikomme. Deswegen war ich heute sehr gerne da, um alle Fragen zu beantworten, die Sie haben. Natürlich ist es Ihre Entscheidung, ob Sie noch weitere Fragen dazu haben, die wir natürlich, wie in den vergangenen Sitzungen dazu auch, dann beantworten.

Vorsitzender Kürschner: Dann schliesse ich jetzt diesen Tagesordnungspunkt und danke Ihnen allen für Ihr Kommen.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
[Drucksache 20/2133](#)

(überwiesen am 22. Mai 2024 an den **Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke [20/3356](#), [20/3368](#) (neu), [20/3414](#), [20/3459](#),
[20/3504](#), [20/3505](#), [20/3524](#), [20/3525](#), [20/3526](#),
[20/3527](#), [20/3528](#), [20/3542](#), [20/3543](#), [20/3544](#),
[20/3545](#), [20/3546](#), [20/3547](#), [20/3572](#), [20/3573](#)

Nach Einschätzung des Abgeordneten Dr. Garg ist den schriftlichen Stellungnahmen zu entnehmen, dass es keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen den Antrag der FDP gibt.

Dem widerspricht der Abgeordnete Junghans. Die Kanzlei Brock Müller Ziegenbein komme zu einer anderen Bewertung, nämlich dass die Erweiterung der Öffnungszeiten nur unter bestimmten Bedingungen verfassungsgemäß sei, nämlich wenn kein werktätliches Gepräge vorliege. Der Entwurf der FDP-Fraktion sei in seiner jetzigen Form verfassungswidrig.

Aus Sicht des Abgeordneten Dr. Dolgner reißen die schriftlichen Stellungnahmen das juristische Problemfeld auf. Es blieben jedoch noch Fragen offen. Eine mündliche Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss sei aus Sicht der SPD-Fraktion allerdings nicht erforderlich. Details müssten erst geklärt werden, falls und wenn der Wirtschaftsausschuss dem Vorhaben grundsätzlich zustimme. Der Ausschuss solle daher die Beratung abschließen und die Ergebnisse der schriftlichen Anhörung ohne Votum an den Wirtschaftsausschuss weitergeben. – Abgeordneter Harms schließt sich diesem Verfahrensvorschlag an.

Auf eine Frage des Abgeordneten Harms antwortet Herr Hunsrügge, Leiter des Referats Justitiariat, Wirtschaftsordnungsrecht im Wirtschaftsministerium, die Regierung wolle einen entsprechenden Gesetzentwurf im Konsens beschließen, um Klagen zu vermeiden. Daher hole man gerade die Positionen der Betroffenen ein. Er gehe davon aus, dass ein Gesetzentwurf bis Ende des Jahres vorliegen werde.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Beratung der Vorlage abzuschließen und die Ergebnisse der durchgeführten Anhörung zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit dem federführenden Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss zu überlassen.

3. Keine Grenzkontrollen im deutsch-dänischen Grenzland

Antrag der Fraktionen von SSW und SPD

[Drucksache 20/2475 \(neu\)](#)

(überwiesen am 26. September an den **Europaausschuss** und an den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Europaausschuss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.

4. Belastung bei der Landespolizei erkennen und reduzieren

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/2489](#)

Gezielte Entlastung der Landespolizei

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN

[Drucksache 20/2527](#)

(überwiesen am 27. September 2024)

Der Ausschuss beschließt, die Gewerkschaft der Polizei, die Deutsche Polizeigewerkschaft sowie den Bund Deutscher Kriminalbeamter schriftlich anzuhören und nimmt in Aussicht, die Vorlagen im Anschluss mit der Landesregierung zu beraten.

5. Gebrauch von Minderheiten- und Regionalsprachen auch vor den Gerichten – Bundesratsinitiative für eine Ausweitung des § 184 des Gerichtsverfassungsgesetzes

Antrag der Fraktion des SSW
[Drucksache 20/2464](#)

(überwiesen am 27. September 2024 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Europaausschuss)

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Die Ausschussmitglieder sind aufgefordert, bis zum 14. Oktober 2024 Anzuhörende zu benennen.

Die Justizministerin wird gebeten, nach Durchführung der Anhörung zu den praktischen Folgen einer entsprechenden gesetzlichen Änderung im Ausschuss zu berichten.

6. Verschiedenes

Der Ausschuss kommt überein, die Vorlagen [Drucksache 20/2309](#) (Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung betreffend elektronische Verkündung) sowie [Drucksache 20/2039](#) (Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz) zur zweiten Lesung im Oktober-Plenum anzumelden.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden kommt der Ausschuss überein, in einer der nächsten Sitzungen – voraussichtlich am 13. November – einen Bericht der Landesregierung zur Vorbereitung des Siebten Medienänderungsstaatsvertrags ([Unterrichtung 20/190](#)) entgegenzunehmen und mit dem NDR über den Fortschritt der Reformbemühungen zu beraten.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Kürschner, schließt die Sitzung um 15:40 Uhr.

gez. Jan Kürschner
Vorsitzender

gez. Dr. Sebastian Galka
Geschäfts- und Protokollführer